

Saale-Zeitung

Sechshundertsechzig Jahrgang.

Anzeigen... Ercheint täglich... Sonntags und Montags ausnahmslos.

Bezugspreis... In Halle überdieslich bei premtaligen... 25 Pf., einschließlich Zustellungsgebühr.

Nr. 136.

Halle a. S., Donnerstag, den 21. März.

1912.

Mb. Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung, Mittwoch, 20. März, 11 Uhr. Am Ministertisch: v. Trost u. Solz. Die Beratung des

Kultusetats

wird fortgesetzt beim Kapitel 'Evangelischer Oberkirchenrat'.

Abg. Künze (Wp.):

Beim Titel 'Ministerrat' habe ich den Minister gebeten, die Bezüge gegen kirchliche Geistliche so weit wie möglich zu senken. Abg. Winkler hat mich deshalb angegriffen, ich will auf diese Punkte eingehen...

Abg. Künze (Wp.):

Das Kirchenrecht bedarf dringend der Veränderung, damit die Meinung des Volkes wirklich zum Ausdruck kommt. Die evangelische Kirche ist keine Kirche, sondern eine Volksgemeinschaft...

Kultusminister v. Trost zu Solz:

Die Wünsche der Vorredner gehören vor die Provinzialkonferenz und Generalversammlung. Sie erkennen die Selbstständigkeit der Kirche an, verlangen aber, daß sich die Kirche auf den Boden der Verfassung stellen solle...

Abg. Hoffmann (Soz.):

Der Oberkirchenrat sollte der Gestaltungsarbeit der Kirchengemeinden entgegenzutreten. Die Kirchenbücher in Berlin müssen in handlicher Ordnung sein. Leute, die länger ausgehten sind, werden noch mit der Veranlagung belästigt...

Abg. D. Handberg (Natl.):

Ich binne dem Minister darin zu, daß er sich in die innerkirchlichen Streitigkeiten nicht einmischen darf. Zu den bestimmten Fällen sage ich in der evangelischen Kirche — das muß ihr Grundgesetz sein — ist man niemals über den persönlichen Glauben einzelner zu Gericht. Aber für die Diener, die Angestellten der Kirche gibt es auch auf evangelischer Ebene eine zentralisierte Freiheit, sonst würde der Zentralismus der Kirche gefährlich...

Abg. Winkler (Kont.):

Ueber die Worte des Ministers habe ich mich geäuert. Dem Vorredner danke ich herzlich namens meiner politischen Freunde für die mitdieselbe über die Kirche behandelte Rede...

Abg. Hammer (Kont.):

Keinmal Klagen der Berliner Kirchen über die Konkurrenz durch den Wundenhandel der Friedhölsverwaltungen vor. Der Minister sollte einmal energig zum Schutze der Gärtnere eingreifen.

Abg. Dr. Dionysius (Kont.):

wünscht: Beschleunigung des Neubaus der Kirche in Gnesen.

Unterstaatssekretär v. Gnapp:

erklärt, der Minister habe schon dem Oberkirchenrat mitgeteilt, die Klagen der Berliner Gärtnere in Erwägung zu ziehen. Der Neubau in Gnesen soll beschleunigt werden.

Abg. Heine (Natl.):

Auch anderwärts sind die Spenden zur Anlage eigener Gärtnere übergegangen. Auch in der Magdeburger Friedhofsanlage standen Bestimmungen, die den Gärtnerebetriebern empfindlichen Abtrag brachten. Vielfach befrachten sich die Gärtnere mit dem Recht, nicht einmal auf den Anbau und Verkauf von Friedhölsplätzen.

Abg. Karstorf (Freil.):

Den Abg. v. Trost ist die Rede sehr gelungen, daß das Spruchkollegium ein erhebliches Fortschritt ist.

Der Urteilspruch mag ausfallen, wie er will, dem betreffenden Geistlichen hat er keinen Schaden getan. Hier und da besteht noch die höchste Angst, wenn ein alter brandenburgischer Geistlicher in Mecklenburg eine Pfarre übernehmen will, hat er das zweite Examen in Mecklenburg zu wiederholen und wird vorläufig wieder als 'Herr Kandidat' angebetet. Das ist eine chinesische Mauer! (Beifall.)

Abg. Kopff (Wp.):

Das Freischulegesetz hat bei seiner Handhabung ein Fortschritt sein, bei der heutigen Zusammenlegung der Generalprobe ist das aber nicht der Fall.

Abg. Winkler (Kont.):

bittet, eine im Etat als fünfzig veranschlagte Stelle für einen geistlichen Rat beim sächsischen Konsistorium nicht einzuziehen.

Minister v. Trost zu Solz:

Die Stelle ist ja vorläufig noch vorhanden, was in Zukunft nicht, kann ich noch nicht sagen.

Abg. Graf Wartensleben-Rogasen (Kont.):

unterstützt den Wunsch des Abg. Winkler.

Das Kapitel wird bemittelt, ebenso das Kapitel 'Bistümer, katholische Geistliche, altkatholische Geistliche'. Es folgt das Kapitel

'Provinzialaufstellung'.

Abg. Dr. Hintemann (Natl.):

Die Stellung der Provinzialaufstellungen im Gesamtplan des Landes ist wenig verstanden, es ist aber notwendig, daß diese Stellen mit erfahrenen Schulmännern besetzt werden. Durch eine Verbesserung der Gehaltsverhältnisse der Provinzialaufstellung wird erreicht werden, daß auch Direktoren der höheren Lehranstalten sich für diese Stellen bewerben, und das wäre sehr wünschenswert.

Abg. Siebert (Kont.):

In der Beschränkung geht sich erst der Minister. Darum sage ich bloß: ich stimme dem Vorredner in allen Punkten zu. (Bravo!)

Abg. Gieseler (Wp.):

Den Entschluß zur Einschränkung der schriftlichen Arbeiten begrüße ich mit Genugtuung. Die Direktoren sollen erfahrenere Schulmänner sein, die dem Lehrkollegium entgegenkommen seien und ihm ihre Weisheit nicht aufdrängen. Auch ich wünsche eine Verbesserung der Provinzialaufstellung. Es herrscht eher ein Mangel an Provinzialaufstellungen als ein Ueberfluß.

Abg. Hoff (Wp.):

Der fremdsprachliche Unterricht auf den Seminaren liegt noch sehr im argen. Durch eine andere Organisation der Seminare (katholische Seminare) könnte für die Lehrerbildung mehr getan werden.

Das Kapitel wird bemittelt. Es folgt das Kapitel

'Elementarunterrichtswesen'.

Zu den einzelnen Titeln liegt eine große Reihe von Anträgen vor. Ein Antrag Wörbacht (Soz.) betrifft Zwangs- und Strafverfügungen der Schulaufsichtsbehörden; Anträge Anronson (Wp.) sowie Dr. v. Wobna (Freikont.) betreffen Erlös- und Preisgeldleistungen; ein Antrag Dr. v. Grotz (Kont.) betrifft die Übertragung der Jagd durch Volksschullehrer; ein weiterer Antrag Dr. Grotz die Entlassung der Volksschullehrer für die Teilnahme an Preisconferenzen; Anträge Anronson (Wp.) und Dr. v. Campe (Natl.) betreffen den Universitätsbesuch der Volksschullehrer; ein Antrag Dr. v. Campe (Natl.) verlangt Mittel zur Förderung der Pflege der schulpflichtigen weiblichen Jugend.

Zu der allgemeinen Ausprober befragt

Abg. Dr. Aderhoff (Freikont.):

daß die Ueberfüllung vieler Volksschulen schon dauernd geworden ist. Die Schulen sind zu klein, die Verhältnisse sind nicht zu verbessern. Leider konnte die Besoldung der Lehrer durchweg nicht so normiert werden, daß man ohne Disziplin auskommt. Auch in der Besoldung der Kirchenlehrer bestehen noch Mängel. Die Provinzialkonferenz Hannover ist da mit gutem Beispiel vorangegangen, indem sie den leistungsfähigen Gemeindevorstand Mittel zur Verbesserung der Lehrerbildung gestellt hat. Die Seminare tragen für Lehrer an der Universität Minister befragen wir. Dem Wunsch der Lehrer auf Gleichstellung mit den übrigen Beamten hinsichtlich der Berechtigung zur Jagdpachtung werden wir uns nicht entgegenstellen. Im allgemeinen freuen wir uns über die Einmündung unserer Volksschulwehrens. (Beifall.)

Abg. Dr. Grotz (Zentr.):

Auch wir werden dem Antrage bezüglich der Jagd zustimmen. Abg. Wörbacht hat für die Lehrer eine Rede gehalten, die wissenschaftlich ungenügend war. Er hatte wohl die Absicht, sich hier als parlamentarischer Anfänger zu zeigen. Das hatte er gar nicht nötig, denn das wissen wir ja. (Heiterkeit.) Er sagte auf der einen Seite, die Finanzfrage sei der Kernpunkt für das Volksschulwesen, darin hat er recht — und auf der anderen Seite forderte er Klassen mit nur 20 Schülern. Hier haben wir Gelegenheit, einmal nachzusehen, was die sozialdemokratischen Forderungen seien. Für genügend werden die sozialdemokratischen Forderungen so vorzüglich formuliert, daß man sie nicht nachrechnen kann. Die Forderung von Klassen mit 10 Schülern hat der Abg. Wörbacht einem Wuche des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Schulz entnommen, der freilich behauptet, Herr Schulz spreche nicht von Klassen, sondern die Sozialdemokratie werde die flandrische Klassenüberfüllung auf dem schärfsten Wege beseitigen. Gewissmüßig ist ja keine Sekunde; Herr Grotzmann wird Kultusminister und die Sache ist gemacht. (Heiterkeit.) Abg. Hoffmann: Kann werden Sie mit vollem Gehalt pensioniert?

Abg. Wörbacht fordert Klassen von 10 Schülern. Der Ausgabebetrag betrage sich also auf das Sechsfache, gibt einen laufenden Etat von 9 Millionen. (Heiterkeit.) Herr Schulz verlangt aber auch die Unermittlung, Verpflegung, aber auch die höheren Schüler. Dies macht, auf den Kopf und Tag nur 50 Pfennig gerechnet, 1375 Millionen Mark. (Heiterkeit.) Hierzu soll noch kommen die Kleidung aus Staatsstoffen, macht ganz niedrig berechnet 75 Millionen. Insgesamt 4780 Millionen Mark! (Heiterkeit.)

feil! Nun soll nach Schulz aber der Schulunterricht mit dem 3. Lebensjahre beginnen; es kommen also noch 1000 Millionen hinzu. Das ergibt zusammen an laufenden Ausgaben 6300 Millionen Mark. (Große Heiterkeit.) Da erlaube ich mir die indiskreteste Frage: Wo soll das Geld herkommen? (Sehr große Zustimmung.) Darüber gebe nachher Abg. Schulz genaue Auskunft! Der Unterricht zwischen 3 und 6 Jahren und 6 und 9 Jahren, das ist nur Forderungen aufstellen und mir zugleich fragen, ob Geld dafür vorhanden ist. (Sehr große Zustimmung.) Aber der 'Vormärts' (schick in gelegentlich die Sozialdemokratie frage bei ihrer Schulreform nicht danach, was sie kosten, sondern ob sie notwendig ist. (Heiterkeit.) Schulz will das Geld durch Abschaffung von Heer und Flotte beschaffen. Aber wir geben jetzt für Heer und Flotte gerade noch 2 Millionen aus, und bieten Betrag brauchen die Sozialdemokratie für den von ihr empfohlene Militärsystem. Vorläufig haben wir also den für die sozialdemokratische Schulreform notwendigen 6300 Millionen Mark noch nicht einen Groschen. (Heiterkeit.) Abg. Hoffmann: (Ausschreien) (einzelnen) zufällig am roten Schuplan ist der Kampf gegen jedes positive Fortschritt. Schulz will die Erziehung des Kindes mit dem Ueberfluß an Selbstbewußtsein! (Heiterkeit.) Sehr richtig! bei den Soz.)

Ein anderer sozialdemokratischer Schriftsteller nennt die christliche Religion veraltet, gerecht, faszinieren läßt gemorene heilige Bistologie. (Zuruf der Soz.) Ich will die Religion, sondern den Religionsunterricht in der Schule! Herr Schulz 4 1/2 Millionen sozialdemokratische Ueberläufer, eine fortschrittliche Perspektive besonders im Hinblick auf den religiösen Schismus. (Sehr wahr!) Den Resten bitte ich, die religiöse Seite des sozialdemokratischen Schulprogramms besonders zu beachten, da die führenden Kreise des Deutschen Lehrerbundes aber doch ein erheblicher Teil den religiösen Zielen der Sozialdemokratie in bezug auf den Boden losert und damit zu Spaltungsmacht der Sozialdemokratie werden. (Sehr wahr!) Im Zentrum und rechts, Unruhe im Prellraum, Abg. Sepp: Unerbittlich! Das Haus verlag sich. Donnerstag, 11 Uhr: Fortsetzung. Schluß 4 Uhr.

Mb. Deutscher Reichstag.

31. Sitzung, Mittwoch, den 20. März. Am Tisch des Bundesrats: Dr. Delbrück, Caspar. Präsident Dr. Raemy eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Der Etat für das Reichamt des Innern.

(Vizepräsident Raemy.)

Die gezeigte Abendausprache beim Gesundheitsamt wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Burckhardt (Wirtsch. Wg.):

kommt auf die Frage der Zurückweisung jüdischer Praktikanten in den Anwaltsbüros zurück. Warum wollen sie nicht die jüdischen Praktikanten in die Kanzleien aufnehmen? Die persönliche Freiheit der Anwaltsbüros befrachten? Der Redner tritt weiter für Bekämpfung der Einfuhr ausländischer Wein, besonders im Interesse der pfälzischen Weinbauern ein. Wie weit ist die Regelung des Hopfenneuwesens?

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Ere wie an die Regelung des Hopfenneuwesens freieren können, müssen den Bundesstaaten unter Abänderung einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung Vorschläge dazu erstellt werden. Darüber wird augenblicklich verhandelt.

Abg. Graf v. Posadowski (S. F.):

verweist auf die Vereinigung der Räfte durch die Entlassung der Chloralkalifabriken. Besonders das Wasser der Wipper, der Unstrut, der Saale und der Elbe bis nach Magdeburg wird ganz verunreinigt. Es kommen Säuren bis 50 und 60 Proz. vor, eigentlich schon 35 Proz. gefährlich sind. Ich bin nicht optimistisch genug zu erwidern, daß die Reichsbahnen den kostspieligen Kanal, der zur Verbesserung der Verhältnisse für den Stadt Magdeburg notwendig ist, bauen wird. Ich bitte dringend um ein Mindestgesetz zum Schutze der Anwohner.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die verbündeten Regierungen erkennen die Mängel an; ihrer Herr zu werden, ist aber besonders schwierig bei den gemeindefinanziellen Klaffen mehrerer Bundesstaaten. Der Bundesrat ist dabei, die Frage eines eventuellen Reichsgesetzes zu prüfen. Einwillige Stellung vermag ich heute dazu nicht zu nehmen, da ich nicht ein anderer Weg ergibt, beispielsweise eine Verhängung auf den beteiligten verbündeten Regierungen.

Abg. Wrey (Soz.):

Begründet eine Resolution seiner Fraktion, die die Mitwirkung der Arbeiterorganisation verlangt bei den Erhebungen über den Gesundheitszustand der Arbeiter in der chemischen Industrie. Die Pflichten der deutschen chemischen Industrie brauchen nicht so viele Opfer an Leben und Gesundheit der Arbeiter zu fordern. Der Redner spricht weiter über die hygienischen Verhältnisse in den Bleiwerkstätten.

Ministerialdirektor Dr. Caspar

erklärt, daß der Bundesrat notwendige Spezialgesetze für die chemische Industrie erlassen wird. Der Grobindustrie Prototypen vorzuziehen, ist unbedenklich, sie habe großartige Wohlfahrtseinrichtungen geschaffen, die in der ganzen Welt anerkannt werden. Die Verhältnisse im Bleiwerkstätten werden augenblicklich geprüft. Es ist nicht angebracht, Arbeiter der Erhebungen in der chemischen Industrie zuzugewinnen, weil ihnen die wissenschaftlichen Kenntnisse fehlen.

Abg. Sepp (Natl.):

Die Landwirtschaft wird in der Lage sein, den deutschen Reichsbedarf an Weizen zu decken. Ausreichender Schutz ist aber notwendig. Als nationaler Kleinbauern befrage ich, daß hier die Parteien in Bauerfruchtbarkeit unterstützen. Helfen Sie den Bauern, dann helfen Sie dem Staat! (Beifall.)

Abg. Fischel (Wp.):

Die Landtage, daß der Durchschnittpreis für Weizen steigen ist, ist doch sehr bedauerlich. Das Leben der Bevölkerung besser geworden ist. In den oberen Schichten wird eben mehr gegeben, während der Autarkismus bei den Arbeitern ist. Man solle das ausländische Getreide nicht zulassen. Nach den Erhebungen in England...

Dienstag nachmittag gab der deutsche Konjunktur der Offiziere der „Hohenoller“ einen Tee. Anwesend waren der Bürgermeister von Bismarck, die Admirale Garelle und Cagnel, der Kommandant der Germanien, die Epigen der Behörden, hervorragende Persönlichkeiten der deutschen Kolonie und zahlreiche Damen der bismarckianischen und ausländischen Aristokratie. Das Orchester der Kapelle „Hohenoller“ spielte im Salon Karaff. Die deutschen Offiziere bildeten einen Gegenstand lebhafter Subjungen.

Ueberfall auf deutsche Ingenieure.

Calontz, 20. März.

Eine Armutenbande verübte einen Ueberfall auf die deutschen Ingenieure, die den Straßenbau zwischen Ipeh und Brizeng durchführten. Auf die Schiffe der Armuten, durch die glücklicherweise nur ein Pferd niedergestrichen wurde, ergriffen die Arbeiter die Flucht, auch die Ingenieure brachten sich in Sicherheit. Bald trafen Truppen aus Ipeh zur Bekämpfung der Bedrohung der Arbeiter ein, worauf die Armuten verzagt und die Arbeiten wieder aufgenommen wurden.

Kleine vermischte Nachrichten.

Im Namen des höchsten Ministeriums gab Geheimrat Dr. Weder bei der Schulberatung des höchsten Hauptvorstandes die Erklärung ab, daß die Regierung der Aufhebung der Strafen in die Beschlüsse zum 1. Juli 1906, aber auch in Ermäßigung stehen werde, ab nicht durch Übergangsbestimmungen eine Schädigung der kleineren und mittleren Brennereien vermieden werden könne.

Die vor einigen Tagen verbreitete Meldung, daß der mexikanische Finanzminister Zapata eine deutsche Frau in graueramer Weise gefaßt habe, hat zu unklaren Vermittlungen Anlaß gegeben. Es ist festgestellt worden, daß in Mexiko von einem derartigen Vorgang nichts bekannt ist.

Aus den Kolonien.

Arbeitermangel in Deutsch-Südwestafrika.

DKG. Die Windthorst Handelsstammer schreibt in ihrem Bericht über das letzte Jahr: „Die Klagen über den Mangel an eingeborenen Arbeitern wollen nicht verstummen und sind ein immer wiederkehrender Gegenstand von Zeitungsartikeln und von Verhandlungen der Anbielervereinigungen, und die Keuzentil bildet nachgerade eine ernsthafte Gefahr für die Fortentwicklung der Farmwirtschaft und aller Wirtschaftszweige. Dabei sind die Arbeitslöhne unter Berücksichtigung der Leistungen eingeborener Arbeiter mit 50 bis 100 Mk. pro Monat als recht hoch zu bezeichnen. Sehr anzuerkennen und erfolgreich sind die Bemühungen vertriehender Farmer, durch Auszahlung eines Teils des Lohns in Wein zur Zucht eines Stamm von eingeborenen Arbeitern auf ihren Farmen schaffbar zu machen. Vor allem aber bedarf es energischer Maßnahmen für eine vermehrte Zufuhr von auswärtigen Arbeitern, in erster Linie Orombos; die staatlichen Anordnungen zum Schutz der Gesundheit dieser Leute sind durchaus zu billigen, doch darf dadurch keine allzu große Vertreibung der Arbeitsträfte eintreten. Auch sollte erwogen werden, die Orombos mit ihrem Einernfährnis teilweise im mittleren und nördlichen Teile des Schutzgebietes zu besetzen und die Aus- und Rückwanderung nach Orombosland nicht immer als eine zwingende Notwendigkeit zu betrachten. An dem Arbeitermangel und den enormen Arbeitslöhnen frant die Entwicklung des Schutz-

Hot- und Personalnachrichten.

Der Konjunktur und der Konjunktur trafen Mittwoch abend von Danzig zu mehrtägigem Aufenthalt in Berlin ein.

Im Befinden des schon seit längerer Zeit schwer erkrankten Vizekonsuls von Bismarck, Dr. v. Wert, ist Dienstag abend eine ernste Verschlimmerung eingetreten, so daß die Auslösung des Patienten erwartet wird.

Das Urteil im Spielerprozess Bujes-Metternich.

Berlin, 20. März.

Nach mehr als dreiwöchiger Verhandlung, die infolge anderweitiger Dispositionen öfters unterbrochen werden mußte, ist der Prozess Bujes-Metternich Mittwoch nachmittag zu Ende gegangen. Um 2½ Uhr verhandelte der Vorsitzende das Urteil:

Der Angeklagte Bujes wird unter Freisprechung in einem Falle wegen Betruges zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 9 Monaten auf die Untersuchungshaft und zu 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der Angeklagte Graf Metternich wird unter Freisprechung in den übrigen Fällen wegen Betruges in einem Falle (Oberkellner Jierenberg) zu 1 Woche Gefängnis verurteilt, die als verübt erachtet wird.

Graf Metternich nahm das Urteil unter Schlußgen entgegen.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus, daß bezüglich des Falls Jierenberg des Grafen Metternich zwar verschiedene Momente gegen ihn sprächen, daß man ihn aber nicht als gewerkschaftlichen Spieler erachten könne. Die Momente reichen nicht dazu aus, um ihn des Falls Jierenberg zu überführen. Das Gericht hat nicht die Überzeugung gewonnen können, daß Graf Metternich so weit heruntergekommen, daß er sich am Fall Jierenberg beteiligt hat. Er wurde deshalb wegen Falls Jierenberg freigesprochen. Es ist auch nicht mit Sicherheit ermittelbar, daß er sich bei dem Erpreßungsverfuch, der ihm zur Last gelegt wird, seiner Sendungsweise bewußt war. Was die Begünstigung anlangt, so ist auch hier der Nachweis nicht erbracht, und damit fällt auch dieser Punkt. Bei dem Betrugsfall zum Nachteil des Oberkellners Jierenberg hat das Gericht die Überzeugung gewonnen, daß Graf Metternich in diesem Falle anscheinend nicht die Mithat begab, in der Zeit, in der er die Rückzahlung verweigerte, auch zahlen zu wollen. Zum mindesten mußte er sich sagen, daß er auch in dieser Zeit nicht in der Lage war, zu zahlen. Es ist deshalb der Eventualantrag als wohl unterstellt worden, weil das Gericht der Ansicht ist, daß der Umstand beweist, Metternich habe nicht die Mithat begab, zu zahlen.

Im Falle Metternich ist er freigesprochen worden. Das Gericht hat angenommen, es sei nicht erwiesen, daß die Annahme Metternichs, es würde ihm noch eine quittierte Rechnung präsentiert werden, nicht richtig ist. Wenn nachgewiesen wäre, daß Metternich die Rechnung präsentiert erhalten hat, würde das Gericht zu einer anderen Überzeugung gelangt sein.

Was den Angeklagten Bujes anbelangt, so ist es richtig, daß das deutsche Gericht nicht nach dem Gesetz urteilt, sondern daß ein deutsches Gericht auch andere Momente heranzieht und sich nicht lediglich nach Gesetzen leitet. Kein deutsches Gericht hat sich jezt gefunden, das lediglich nach Gesetzen urteilt. Aber in dem Falle Bujes sind so viele Momente hinzugekommen, daß das Gericht die Überzeugung erlangt hat, daß Bujes sich des Falles Jierenberg schuldig gemacht hat.

Bei der Strafzumessung ist erwogen worden, daß Bujes zwar noch nicht betrübt ist, seine Handlungsweise ist aber davor, daß eine hohe Strafe ihn treffen mußte. Im Urteilstext jedoch, daß er seit April v. J. in Untersuchungshaft liegt, sind ihm 9 Monate Untersuchungshaft angerechnet worden. Bei dem Grafen Metternich ist berücksichtigt worden, daß die Betrugstat, die er insofern erlitten hat, damals ihn noch nicht getroffen hatte, und daß es sich ferner im Falle Jierenberg um keinen hohen Betrag handelte. Auch wurde berücksichtigt, daß Jierenberg nachträglich durch den Angeklagten entlastigt worden ist.

Auf Betragen erklärte Bujes, sich nicht bei dem Urteil beunruhigt zu wollen. Graf Metternich äußert sich dahin, vorläufig keine Erklärung abgeben zu können.

Halle und Umgebung.

Halle a. S. 21. März.

Maßnahmen zur Hebung der einfachen ländlichen und städtischen Bauweise.

Ueber dieses interessante Thema hielt am Mittwoch vormittag 11½ Uhr Herr Regierungsbaumeister Gensel, Deltsch in dem vornehmen Passage-Theater einen Vortrag mit Lichtbildern, zu dem sich auf Einladung des Herrn Regierungspräsidenten v. Gersdorff-Merzbach wohl 1000 Herren und Damen eingefunden hatten. Der Veranstaltung wohnten u. a. bei der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Czeglitz v. Szegei, Oberbürgermeister Dr. Rixe, Geh. Rat Stadtvordereitor Prof. Dr. Schmidt-Kimpfer.

Herr Regierungsbaumeister Gensel betonte zunächst, daß er in erster Linie von den praktischen Gesichtspunkten reden werde und er schloß, daß aus seinen drei Jahren praktischen Bemühungen um die Förderung der Bauweise in den Bezirken Bitterfeld und Deltsch, die vorzuführen die Lichtbilder habe er mit der Handwerker auf Dienst resp. Spargelungen gemacht, und er führe vorerst einige von der moderneren Zeit nach untere Dörfler vor, um die Anwesenheit in das jagen. Mittel zu versehen. Demgemäß zeigte er die Dorfstraße nebst der malerischen Dorfstraße in Burgstimm, die Dorfstraße in Trauma und freundliche Bauernhäuser aus Friedrichsdorf u. a., von denen einige einen besonderen Reiz durch die nach der Straße zu gestellten Giebel erliefen. Als beklagenswertes Gegenstück dienten einige „moderne“ Dorfstraßen, die trotz des seit 1907 bestehenden Gesetzes gegen die Verunstaltung der Straßen und Plätze, sowie trotz mancher Polizeiverordnung an zahlreichen Orten leider aufgeführt worden sind. Der Giebel zu Bernitz insbesondere erregte er wenig erfreuliche Gefühle, und es ergab sich als Hauptursache für die missgestalteten Bauten die Tatsache, daß der Eigentümer aus seinem Bau oft mehr machen will, als eben möglich ist. Ein weiterer Grund des missgestalteten Bauens ist ferner in Stadt und Land die Verblendung, Verblendung und die Deckung der Dächer mit Dachpappe. Gegen letztere ist schwer anzukämpfen, weil die Herstellung der Verblendung zu einem ganz unzulässigen Aufwand ist; letztere aber ist einfach wirtschaftlich unratbar, weil nach dem Urteil von Großindustriellen die Dachpappe häufig allerlei Unkosten verursacht. Sehr peinlich empfand jedes offene Auge auch die große Verunstaltung der Seiten- und Hinterfronten, die oft geradezu abschreckend wirken. Zur Frage des Ziegelbaues äußerte sich Herr Regierungsbaumeister Gensel dahin, daß es zwar ungleich schmerzlicher sei, einen Ziegelbau zu freundschaftlich fürs Auge zu gestalten wie einen Ziegelbau, daß aber ein geschickter Architekt auch im Ziegelbau immerhin etwas Ansprechendes zu bieten vermöge; vorausgesetzt, daß ein Ziegelbau für die in Betracht kommende Gelegenheit überhaupt geeignet sei. Prinzipiell verleihe aber ohne Zweifel der Verputz dem Vorgang nur dem Ziegelbau.

Die einfache, hübsche ländliche und städtische Bauweise hat jedenfalls ihre gelunden Richtschnuren verloren, und ein wirklicher Architekt kommt für solche Verhältnisse überhaupt kaum je in Frage. Daher müssen die ländlichen Handwerker auf den richtigen Weg gebracht werden, und hier ist das gute Beispiel ganz besonders wichtig. Deshalb heißt es in erster Linie: schaff gute Bauplätze, damit nicht etwa nach mehr hübsche, fremdartige Formen aus Land hinausgetragen werden! Dazu muß der praktische Bauwesenunterricht möglichst gefördert werden. Redner zeigte lobann viele Bilder von Kirchhofmauern, Toreinfahrten ländlicher und städtischer, landwirtschaftlicher sowie industrieller Gebäude, die in hübscher Form „modern“ sind und die Schlußart nach der früheren Bauweise nachweisen. Weiter kamen Baupläne zur Verfügung, deren Hübschheit leider nicht immer von der Aufsichtsbekörde mit Erfolge bekämpft werden kann, weil die Ortspolizeibekörde oft nicht den nötigen Nachdruck walten läßt. Zudem ist es einer schnellen Vorwärtsbewegung der Verordnungen auf diesem Gebiete sehr hinderlich, daß viele Leute, auch Kaufleute, sich über die Grundausgabe im Irrtum befinden. Diese Grundausgabe aber liegt darin, daß man zu nächst die Bauten angemessen gestaltet, dann erst verziert.

Der Vortrag fand den Beifall der Zuhörer, und der Direktion des Passage-Theaters gebührt Dank dafür, daß sie für die guten Absichten dieser Heimatforschungsden anstaltlich und auch sonst in jeder Beziehung zu Vorträgen so gut geeigneten Raum zur Verfügung gestellt hat. Hervorgehoben sei aber, daß Herr Regierungspräsident v. Gersdorff sich durch die Veranstaltung dieses Vortrages ein Verdienst erworben hat. Die Presse, die ihn längst als einen Mann von Verständnis und moderner Auffassung gegenüber ihren Aufgaben schätzte, dankt ihm noch in besonderer Weise für die liebenswürdige Art, mit der er sich mühte, ihren Vertretern die Tätigkeit zu erleichtern.

Wehrkraftverein „Jungdeutschland“.

Anfangt fand im Hotel Kaiser Wilhelm Verammlung des Ausschusses und tätigen Mitglieder. Es fand zur Beratung die Frage der Beschaffung eines geeigneten Lieberbüdes für die Jungmannschaft. Seitens des Kreisaußschusses für Jugendpflege in Kamburg war Anregung in dieser Hinsicht gegeben worden.

Außerdem legen die vom Kreisaußschusse herangezogenen Lieberbücher zur Ansicht vor. Es wurde beschlossen, eine Kommission aus 6 Mitgliedern prüfen zu lassen, ob eines der vorliegenden Bücher den Wünschen des W. K. V. entspricht. Es wurde zu dieser Kommission gewählt die Herren Pastor Witte, Lehrer Meyer, Rektor Soave, Herr Speltz, Diakon Westmann, Polizeibekörde Eitzen. Bei der nächsten Ausschusssitzung wird die Kommission über ihre Vorschläge Bericht erstatten.

In den Ausschuss wurde als Vertreter des Jugendverbandes des Kaufmännischen Vereins Herr Kaufmann Jeller gewählt. Den Anregungen aus der Mitte der Verammlung zufolge sollen Ausschusssitzungen von jezt an möglichst Donnerstags stattfinden.

Die Angelegenheit über die Stellungsfrage wurden durch allgemeines Ausprobieren gelöst; die jedoch verschiedene Antworten auf Anfragen nach auswärts nicht ausreichten, konnte ein endgültiger Beschluß nicht gefaßt werden. Der Vorstand der Jungmannschaft Armbinden zum Unterstehen der Parteien bei Gesellschaften zu geben, fand allgemeine Zustimmung. — Die Damen der Offiziere und anderer Vereinsmitglieder haben sich bereit erklärt, die Armbinden zu liefern.

In Bezug auf Beitragszahlung der Jungmannschaft wurde beschlossen, daß solcher in Höhe von 20 Pfg. pro Monat von den Knaben zu entrichten ist, welche 1. Schuljahre sind und keinem anderen nationalen Verein angehören, 2. von den Knaben, welche Mittel- und höheren Schulen angehören.

Auf Anfrage meldeten sich während der Sitzung mehrere Herren verschiedener Berufsstände als Helfer bei den Ausschüssen. Es wurde in Aussicht genommen, für den W. K. V. ein besonderes Geschäftszimmer einzurichten und einen Sekretär zur Unterstützung bei der Schreibarbeit zu gewinnen. Dem Vorsitzenden wurde anheimgegeben, entsprechende Schritte dazu zu tun.

Um den Kindern und Helfern jede Sicherheit gegen Unfallgefahren zu gewähren, wurde bestimmt, daß je gegen Unfall versichert werden sollen, auch wenn sie schon anderweitig versichert sind. Vorträge werden für den Arbeitsplan des Monats April in Aussicht genommen und als Vortragstag die Aula der Schule an der Neuen Promenade. Die Musikkapelle der Brandesherren-Sitzungen hat sich nach Mitteilung eines Ausschussmitgliedes zu den Ausschüssen des W. K. V. zur Verfügung gestellt.

Auf Grund einer Anregung der Leiter wurde der Beschluß gefaßt, keine Anaben als Gäste, sondern nur Mitglieder an den Veränderungen teilnehmen zu lassen. Es wurde ferner noch beschlossen, daß bei Neuaufnahmen nur aufgenommen werden sollen: a) Konfirmanden der Volksschulen, b) Knaben der höheren und Mittelschulen von mindestens 13 Jahren, c) Fortbildungsschüler. Die Leiter betonten, daß sie kaum die Verantwortung für die Teilnahme jüngerer Anaben, besonders da diese als Gäste nicht mit in die Versicherung einbezogen sind, übernehmen könnten.

Zum Schluß machte der Schatzmeister, Herr Dr. jur. Hans Lehmann, Mitteilung über den Stand der Vereinskasse. Es wurden namhafte geborene, führende Mitglieder voranstellen, ihre geschätzten Beiträge bei einer der nächsten Versammlungen einzusenden, die die Einmümmung in den Wohnungen bedeutende Zeit und Kosten verursacht, die gespart werden könnten.

Interessanterweise. Am Montag, den 25. März, abends 9 Uhr findet in den Germania-Sälen hier, Gr. Steinstr. 2/28 (roter Saal), der letzte wamalgam Interoffizierabend in diesem Winter mit Vortrag über „Ein Kaisermandat unserer Flotte“ mit über 100 Lichtbildern nach eigener Aufnahme durch Herrn Marineleutnant Dr. R. Dr. Kneise statt, der sehr interessant zu werden verspricht. Sämtliche Interoffiziere und Interoffizierpräsidenten des Bezirksverbandes aller Woffen und Jahrgänge werden hierzu eingeladen.

Der Verband mittlerer Weihen, Poist- und Telegraphenbeamten, Ortsverein Halle, veranstaltet am 17. d. M. sein letztes Vergnügen in dieser Saison in Form eines „Lenten Abends“ im Neumarktshaus, dessen Saal bis auf den letzten Platz besetzt war. Nachdem das Programm durch die „Stämmische Nachtparade“, ein Charakterstück von O. F. W. Mühl, um komponiert selbst vorgetragen, seinen Anfang genommen hatte, wechselten die übrigen Vorträge, welche teils ernten, teils heiterer Charakter trugen, in bunter Reihenfolge miteinander ab. Die Vorträge ernteten durch die gelungene, präzise und intelligente Übertragung den lebhaftesten Beifall. Aus dem Programm sei besonders hervorgehoben: 1. Zwei Waldhorn-Quartette (die Herren Wolfen, Hül, Bauer, Stille); 2. Auftritte des Herrn Katz vom höchsten Stadtheater; 3. Vortrag v. d. Oper „Der Wajazzo“ (Bariton Herr Grotmann); 4. Die vier Waldhörner „humoristisches Quartett“; 5. Zwei Klavierstücke: a) „Kaffe Aus-Dur“ von Chopin, b) „Mazurka B-Dur“ von Godeard (Hr. Kaupisch); 6. Drei Cornet-Quartette (Herren Taube, Wüste, Hül, Steh); 7. Zwei Ederer am Klavier (Tenor und Klarinet Herr Jank); 8. Zwei Trompeten-Soli (Herr Sterz); 9. Trompeter Müller mit dem langen Trichter, humoristischer Vortrag (der Trompeter mit dem Perde; Herr Taube). Auf dieser 2. Stunde Abend läßt wohl bei allen Zuhörern das Gefühl des Dankes für die bereitgestellten Führer des Vergnügungsausschusses (die Herren Weich, Mühl, u. Eitel) aus.

Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für die Richtigkeit auf Grund des § 21 Abs. 2 des Strafgesetzes in vollem Umfange der Einmümmung verantwortlich.)

Die Straßenbahnprojekte Halle-Bismarck-Schönewitz, Grüne oder rote Bahn?

Aus den Zeitungsberichten ist bekannt, daß sich neben der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft auch die Stadt Halle um die Erbauung einer elektrischen Straßenbahn nach den städtischen Vororten bemüht.

Die Einwohner dieser Ortschaften begreifen es gewiß mit Freuden, daß sich jetzt zwei Bewerber um die Konzession einer Straßenbahn bemühen, die endlich die lange ersehnte Verbindung mit der Stadt Halle herbeiführen soll.

Ames dieser Zeit besteht lediglich darin, klarzulegen, welche der beiden Straßenbahnen die größten Vorteile für die Fahrgäste von Schönewitz-Bismarck-Halle und umgekehrt bietet. Die „Grüne Bahn“ der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft hat die besten Chancen: 1. Schlichter-Bahn-Verkehr nach Bismarck; 2. Bahnhof-Bismarck; 3. Bahnhof-Schönewitz; 4. Bahnhöfe-Wittefeld-Teich. 5. Artilleriebeserene-Steinweg. Erfährt die U. E. G. die Konzession der Bahn nach Bismarck, dann können die Fahrgäste von dort alle diese 4 Stationen die sich nach allen Stationen verstreuen, mit Vorteil benutzen Arbeiter usw. von Halle haben durch die denfalls günstige Verbindung nach den in der äußeren Deltschstraße zahlreich vorliegenden Fabriken.

Die „Rote Bahn“ der Stadt Halle hat folgendes von Anlinie vom Bahnhof nach Giebichenstein-Cöllwitz, welche sich an Deltschweg zum Teich und in Giebichenstein wieder verbindet.

Die von Bülldorf kommenden Postkassen können nach Halle nur viele Stunden verbleiben und müßten, falls sie nach dem Schluß der Wagburger- oder Werbergerstraße, Bülldorf oder Bülldorf Bahnhof wollen, wieder von neuem besetzen. Ebenso ergeht es den Arbeitern, die aus den Stadtbezirken kommen, welche von den Linien der „grünen“ Bahn durchfahren werden. Diese müßten alle am Riebeckplatz umsteigen und eine neue Fahrkarte lösen. Nur den an der Straße Cröllwitz-Bahnhof wohnenden Arbeitern usw. wäre es möglich, ohne Nachzahlung nach den früheren Tarifverträgen zu gelangen. Es wäre zu wünschen, daß die vorstehenden Darlegungen Berücksichtigung finden könnten bei Besetzung der Straßenbahnwagen, um wenigstens mehr Rücksicht auf die günstigen Fahrverbindungen zu nehmen, weil damit der Allgemeinheit am meisten gedient sein würde.

Provinzialnachrichten.

Darlehen statt Anleihe.

Koburg, 19. März. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, von der Aufnahme einer zweimillionen Anleihe abzusehen und dafür ein Darlehen von 1 200 000 Mark zur Deckung der notwendigen Ausgaben aufzunehmen. In der Debatte kam insbesondere zum Ausdruck, daß alle nicht unbedingt nötigen Ausgaben mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des Geldmarktes unterbleiben müssen.

Die Justizischen Untersuchungen.

Koburg, 19. März. Die durch den Konturs Juli arg in Mitleidenschaft gezogene Kamlische Spar- und Darlehenskasse hielt gestern ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab bekannt, daß das Defizit 643 243,82 M. betrage. Im Kontursfall würden voraussichtlich 60 Proz. herauskommen. Der alte Vorstand und Aufsichtsrat und auch die Verbandesvertreter haben ihre Pflicht nicht getan, nur dadurch sei es möglich gewesen, daß die großen Unregelmäßigkeiten nicht früher aufgedeckt oder vermieden worden. Jetzt habe zweierlei Kontobücher geführt, eins, das den Revisoren vorgelegt wurde, und eins, das zur Kontrolle seiner Kasse diene, oder auch in letzterem seien falsche Eintragungen gemacht worden. Einzelne Genossen haben höheren Kredit erteilt, als ihnen auf ihre Anteile zustand.

× Wehra, 20. März. Unser diesjähriger Frühjahrs-Rammarkt findet Sonntag, den 24., und Montag, den 25. März, statt.

Corsetta, 20. März. (Aus Ausland gegangen) ist die zu neun Monaten Gefängnis verurteilte annapa Briefschreiberin Niggmann aus Weipensfeld, die in letzter Zeit durch ihre Briefe ihre Familie in Aufregung versetzt und deren Reklamationen keine Heiligkeit vorwarfen worden ist. In einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft teilt die Niggmann von Wehra mit, daß sie die Strafe nicht antreten werde, da sie nach Frankreich übergesiedelt sei.

Deuben, 19. März. (Grubenunglück.) Ein Bergarbeiter, der erst die Abende verlassen und auf der Grube „Kaiserstein“ seine erste Stelle hatte, begab sich heute vormittag in die Grube. Als er am Nachmittag noch nicht zurückgekehrt war, wurden Mannschaften auf die Grube geschickt, die den Vermissten bald auf einer außer Betrieb gesetzten Sohle tot vorfanden. Der junge Mann war infolge giftiger Gase, die sich auf der betreffenden Sohle gebildet hatten, erstickt. Der Verstorbene ist der Sohn eines Bergwerksdirektors.

Wern, 19. März. (Fein Mord.) In der Kahnfähre anweit des Seebahns ist heute früh gegen 6 Uhr die Leiche des seit Wochen verschwundenen Schiffbauers Otto Reubel auf dem Wasser schwimmend gefunden und vom Fähremeister an Land gebracht worden. Tugend weiche Anzeichen, die auf Gewalttaten schließen lassen, haben sich an der Leiche nicht vorgefunden.

Gerichtsverhandlungen.

Urkundenfälschung.

17. Leipzig, 18. März. Wegen Urkundenfälschung hatte das Landgericht Halle a. S. am 22. Juni v. J. die Eisenbahnkassierer Hermann Weinhart und Emil Büchel zu je drei Tagen Gefängnis verurteilt. Auf die Revision der Angeklagten hin hatte das Reichsgericht am 2. November v. J. das Urteil aufgehoben und die Sache an die Bezirksjustizverwaltungen mit der Begründung, daß über die Nicht-Bereitigung des Zeugen W. ein Gerichtsbeschluss nicht ergangen war, was die beiden Angeklagten in ihrer Revision gerügt hatten. Das Landgericht Halle hat jedoch in der erneuten Verhandlung vom 16. Dezember v. J. gleichfalls die Angeklagten zu je 3 Tagen Gefängnis verurteilt. — Beide Leisten des Zeugen für Anglisten und waren der Güterkation Halle a. S. unter Leitung des Vorstehers W. überwiegen. Sie erhielten außer ihrem festen Gehalt für Zugabteilungen sowie für die Zeit, die sie sich zum Nebenbediensteten auf der Station zur Verfügung halten mußten, Nebenbezüge von 30–40 Mark monatlich. Diese wurden berechnet auf Grund von Eintragungen in das Dienstbuch eines jeden Beamten. Diese Eintragungen unterlagen der Prüfung und Zeichnung durch den betreffenden Vorsteher. Für die beiden Angeklagten war auf der Güterkation der Borgehelfe ein gewisser W., auf der Endstation beim Fahrdienst ein gewisser H. Die beiden Angeklagten nun, die nur letzten zum Fahrdienst herangezogen worden und mehr als alle anderen Beamten zur Reize verwendet worden waren, sollen sich dadurch der Urkundenfälschung schuldig gemacht haben, daß sie in ihren Büchern Eintragungen über geleisteten Fahrdienst vornahmen, diese Eintragungen mit dem Namen des H. unterzeichneten und dann die Bücher einreichten, obgleich sie in den fraglichen Zeiten Nebenbediensteten auf der Station gehabt hatten. Die Angeklagten behaupteten, sie seien durch ihren Borgehelfen W. — den später unzureichenden Zeugen — zu diesen Eintragungen veranlaßt worden und W. habe sogar selbst solche Eintragungen gemacht. W. wollte auch von H. besaßtragt worden sein, Bescheinigungen über Zugabteilungen mit 5–6 Namen zu zeichnen. — Auch gegen das erneute Urteil der Revision hatten die Angeklagten Revisionen eingelegt, in die sie ausführten, daß zu Unrecht Urkundenfälschung angenommen worden und nicht erwiesen sei, daß sie von den Büchern zum Zweck der Täuschung Gebrauch gemacht haben. Das Reichsgericht hielt indessen jetzt das Urteil für feststehend und erteilte deshalb heute beide Revisionen.

Theater und Musik.

Theater-Subventionen.

Die Städte erkennen mehr und mehr die Pflicht, die sie den Anforderungen der Kunst gegenüber zu erfüllen haben. Das

Hoftheater in Mannheim, das trotz seines Titels ausschließlich von der Stadt verwaltet wird, dürfte mit einem Zuschuß von 541 000 Mark aus städtischen Mitteln an der Spitze der von den Kommunen subventionierten Theater erscheinen. Dann folgt Düsseldorf mit 464 000 Mark Zuschuß (206 000 M. für das Theater, 158 000 M. für das Orchester), Straßburg wendet einschließlich 20 000 Mark aus einer Stiftung und 36 000 Mark von Reichsland 393 000 Mark für seine Theater auf (165 000 Mark davon für das unentgeltlich gestellte Orchester). Dann folgen Chemnitz mit 332 000 Mark, Leipzig (für beide Theater) mit 299 000 Mark, Köln 230 000 Mark, Freiburg 218 000 Mark, Frankfurt a. M. kommt für seine beiden Theater mit 272 000 Mark Zuschuß aus, Dortmund braucht 200 000 Mark, Breslau und Wilmshausen im Elbisch je 132 000 Mark, Mainz junior aber 181 000 M. (117 000 M. davon für das Orchester). Danach reihen sich an Bamberg mit 125 000 Mark Zuschuß, Halle a. S. mit 108 000 Mark, Regensburg mit 84 000 Mark (von denen allerdings der Fürst von Thurn und Taxis 60 000 Mark trägt). Außer diesen direkten oder indirekten Zuwendungen genießen verschiedene Theater noch andere städtische Unterstützungen, so z. B. die in Frankfurt a. M., für die bei der Berechnung des elektrischen Stroms nur 10 Pf. für die Stromabnahme berechnet werden.

Bühnenchronik.

Geist Saltons Komödie „Das stärkere Band“ hat dem Verfasser bei der Aufführung im Deutschen Volkstheater in Wien viele, nur nach dem Schluß durch seinen Widerspruch gezielte Herzergriffe eingetragen. Es ist eine humoristisch-satirische Variation von Försters „Alt-Seibelsberg“. Bei Saltons heiratet zuletzt der Erbringer seine bürgerliche Schneidermamsell, mit der er ein paar Kinder hat, organistisch.

In Spandau geht man mit dem Plan um, ein Stadttheater nach dem Muster der Schillertheater zu erbauen. Es ist eine Kommission eingesetzt worden, die die Frage prüfen und der Stadtverordnetenversammlung geeignete Vorschläge unterbreiten soll. Namentlich die Stadt Spandau an dem Unternehmen partizipieren wird, steht noch nicht fest.

Heinrich Zoellner, der Komponist der „Perfektenen Glorie“, hat eine neue Oper, „Sonne“, vollendet, die in der nächsten Saison an der künftigen Oper von Antwerpen aufgeführt werden soll. Der Künstler, der vier Jahre lang in Antwerpen gewohnt hat, beschloß, wie uns gemeldet wird, nach der Schweiz zu überziehen. Denn die Tochter des Künstlers, die frühere Dichterin Margarete Zoellner, ist etwas leidend und muß ein milderes Klima aufsuchen.

Aus München wird dem „Berl. Bv.-Cor.“ geschrieben: Im Münchener Hoftheaterbesitzung hat sich die Lage begreiflicherweise schon jetzt mit den diesjährigen Repertoiretheatervorstellungen. Es steht heute schon fest, daß auch diesmal viel Repertoire ohne die Mitwirkung der Münchener Hofoperkräfte beherrscht wird, während es auf der anderen Seite nicht möglich ist, ohne Hinzuziehung der Repertoirekräfte die Richard Wagner-Festspiele im Prinzregenten-Theater durchzuführen. In diesen Tagen ist nun in Münchener Hoftheaterbesitzung die Meldung eingetroffen, daß der künftige Repertoirebesetzung der feststehenden Saisone teilnehmend und dabei doch frohwilligen Stimmung der die alte und mehr noch die neue Welt erobert hat. Direktor Löwenfeld hat Henschel für eine nur leistungsmäßige Spielzeit engagiert und gabst ihm den 60 000 Mark Gage. Interessant ist es, daß Siegfried Wagner selbst mit Heinrich Henkel den Partialis einstudiert hat.

Aus Regensburg wird berichtet: In den städtischen Hausball wurden 30 000 Mark eingekauft zur Vorbereitung des Hauses eines neuen Stadttheaters. Für diese Vorbereitung, also wohl für Entwürfe, haben damit 60 000 Mark zur Verfügung. Der Plan für das neue Theater, das am Ortswall errichtet werden soll, ist bereits vorhanden.

Vermischtes.

Gelbdruck des Schauspielers Froboße.

Der Schauspieler Willi Froboße vom Lessing-Theater in Berlin hat sich Mittwochs vormittag im Zuge, der von Reinhold nach Liebenwalde fährt, erschossen. Er verließ Berlin, um sich zur Jagd in sein Revier bei Wensindendorf zu begeben.

Auf dem Bahnhof Reinholdendorf unterhielt sich Froboße mit dem ihm bekannten Stationsvorsteher und erzählte ihm, daß er nach Weimar engagiert sei, aber lieber in Berlin bleiben möchte. Als der Zug in Liebenwalde einließ und revidiert wurde, fand man Froboße entseelt im Zuge. Er hatte sich durch einen Schuß in die Brust getötet. Froboße hatte im Lessing-Theater den Vater in Gubern, den Konrad Bernat in Lebens „Stüben der Gesellschaft“ und andere größere Rollen gespielt. In der letzten Zeit war er oft in sehr gerühmter Stimmung und zwar, wie man in den Kreisen seiner Kollegen vermutete, wegen der bevorstehenden Ueberführung nach Weimar. Froboße, der in Schauspielerei bereits erlittene, hinterläßt einen sechsjährigen Sohn. Froboße's Ausfahrten waren für die Zukunft recht günstig, er war für die Goethe-Festspiele in Düsseldorf engagiert und hatte auch eine ganze Reihe von Gastspielen abgeschlossen, die ihm recht ansehnliche Honorare in Aussicht stellten.

Froboße ist 48 Jahre alt geworden; schon als Siebzehnjähriger trat er in kleinen Rollen im Barmer Stadttheater auf. Nachdem er fünf Jahre lang am Hoftheater in Stuttgart tätig war, machte er die berühmten Gastspielreisen der Weimarer mit und trat im Jahre 1894 in den Verband des Berliner Theaters, ein Jahr später in den des Schillertheaters ein, wo er längere Zeit tätig war. Aber erst im Dresdener Hoftheater rüdte er an die Stelle eines ersten Darstellers. Von dort kam er wieder nach Berlin als Lessingtheater, wo er bald einer der besten und bestbezahlten Schauspieler wurde.

Zulammenstoß mit dem Wrack der „Oceana“.

Der deutsche Dampfer „Rosland“ ist mit dem noch gerade über Wasser ragenden Wrack der „Oceana“ auf der Höhe von Gullbun zusammengefahren. Es ist der dritten und vierten Mal vollständig ab. Man fürchtet, daß die „Rosland“ Besatzungen demontieren hat. Infolgedessen lief das Schiff Dover an, wo es untergebracht werden soll.

Am Bord der „Oceana“ befanden sich Gold- und Silberbarren im Werte von 15 Millionen Mark. Ihr Wert war bei Cloups von 15 Schilling pro 20 000 Mark veranschlagt. Man will jetzt durch Taucher versuchen, den Schatz zu bergen. An ein Heben des Wracks ist nicht zu denken.

Bomben-Explosion in Doro.

Doro, 20. März. In vier Häusern der Stadt, und zwar im Stadtteil Mirgana, wo sie vermutlich hergestellt waren, explodierten einige Bomben.

Sier Tote und neun Verwundete wurden aus den Trümmern der Gebäude herangezogen. Ein Verdächtiger wurde verhaftet. Die Häuser, in welchen die Bomben explodierten, erlitten beträchtliche Beschädigungen. Es wird vermutet, daß unter den zum Teil eingestürzten Gebäuden noch mehr Tote und Verletzte liegen. Die Behörden nehmen an, daß die Angelegenheit das Werk einer Verschwörerbande sind.

Liebesstragödie des Grafen Barbaro. Im Gardasee bei Stronone wurden die Leichen des Artillerieoberhauptmanns Grafen Barbaro, der aus der berühmten Dogenfamilie stammt, und eines 20jährigen jungen Mädchens aus Mailand gefunden. In einem Brief, den der Hauptmann hinterlassen hat, steht nur, daß er neben dem Mädchen begraben zu werden wünscht.

Letzte Nachrichten.

Das Enfant terrible.

Berlin, 20. März. In der Presse wird vielfach über Unstimmigkeiten zwischen Reichsmarineamt und Auswärtigem Amt gesprochen. Demgegenüber wird an eine Äußerung des Freiherrn v. Hertling erinnert, in der er im vorigen Jahre als Zentrumsvorredner zur Marockofrage deutlich auf den Mißstand hingewiesen hat, der durch die Existenz eines besonderen Preisvereins im Reichsmarineamt entstanden ist. Wenn überhaupt von Unstimmigkeiten zwischen den genannten Ämtern gesprochen werden kann, so liegt der Grund hierfür ausschließlich in der Tätigkeit des genannten Preisvereins. In dem Augenblick, wo die besetzten Stellen mit der englischen Regierung, speziell mit Halsane, über eine Verständigung verhandeln, hat das Preisbureau des Reichsmarineamts, um Stimmung für die Flottenverträge zu machen, die Redaktionen der deutschen Blätter mit englandfeindlichen Flugblättern und Broschüren überschwemmt. Es dürfte ein gefährliches Vorgehen sein, um Stimmung für Deutschlands Defensivmaßregeln zu machen, die bereits für notwendig erkannt sind, gegen eine bestimmte Macht zu gehen. Es zeigt auch wenig Vertrauen in das Verständnis des deutschen Volkes und seiner gewählten Vertreter. Viele werden sich ihr Urteil auch ohne solche Maßnahmen bilden und sich der als richtig erkannten Verstärkung unserer maritimen Streitkräfte nicht widersetzen. Wenn seitens des Auswärtigen Amtes derartige Preisverteilung energischer Widerstand entgegengebracht wird, so ist dies nur zu billigen. Es ist zu erhoffen, daß die Parteien auch nach dem Abgang des Freiherrn v. Hertling aus dem Reichstag nicht unterlassen werden, von neuem die Aufmerksamkeit des Reichstages auf diese Mißstände der amtlichen Preisorganisation zu lenken.

Herr v. Hildebrandts englischer Rücktritt. Berlin, 20. März. Die „Köln. Volksztg.“ schreibt, der Rücktritt des Herrn v. Hildebrandts sei bestimmt zu Dieren zu erwarten, und nimmt in der Meldung auch Bezug auf den Abbruch der deutsch-englischen Verhandlungen. Schon die Unrichtigkeit der letzteren Behauptung genügt, um die sonstigen Mitteilungen, die der Artikel enthält, ungläubig erscheinen zu lassen.

Ferien.

Berlin, 20. März. Heute nachmittag verhandelte der Senatorenkonvent des Reichstages über einen Vorschlag der Regierung, die Osterferien des Reichstages, deren Ende für den 16. April vorgesehene worden ist, bis zum 29. April dauern zu lassen, um der Regierung zu ermöglichen, die W. e. h. und Steuererlasse bis dahin fertigzustellen.

12 Millionen Verlust.

Dortmund, 20. März. Ueber die wirtschaftlichen Folgen des Streiks verläutet, daß die Zechen im Ruhrrevier einen Förderausfall von 1 102 830 Tonnen im Werte von 12 Mill. Mark erlitten haben.

Freude im Hause Napoleon.

Brüssel, 20. März. Die Prinzessin Napoleon, frühere Prinzessin Clementine von Belgien, wurde heute abend glücklich von einem Mädchen entbunden.

Witterungs-Aussichten.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes. Dienststelle T. Imenau, Mittwoch, 20. März, 3 Uhr morgens. Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa. Das Tief über England hat sich abgesetzt, seine Gage aber wenig verändert. Wir bleiben auch morgen unter seinem Einfluß. Weitere Ausdehnung der Luftdruckunterschiede ist zu erwarten.

Witterungsaussichten für den 21. März.

Mäßiger Südwest bis West, wenig heiter, zeitweise geringes Regen, mild.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.) 22. März: Veränderlich, Niederschläge, kalt, windig. 23. März: Abwechselnd, angenehm, windig. 24. März: Bewölkt, trübe, kalt und rauhe Luft. 25. März: Wolkig, teils heiter, kalt. 26. März: Bewölkt, teils, Sonnenschein, Nacht, klar. 27. März: Wolkig mit Sonnenschein, tags mild, strahlend, abends trüblich.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg.

für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Bericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meitner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Neudtzwanger; für den Inseratenteil: Albert Barth Druck und Verlag von Otto Hendel. Samtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umschließt 8 Seiten —

— einschließlich Unterhaltungsblatt. —

Main table containing financial data, stock prices, and market information. Columns include various stock symbols, prices, and exchange rates.

